



Berlin, 12. November 2008

Freiberg: Für milde Urteile haben die Menschen kein Verständnis mehr

Wirtschaftskriminalität nachdrücklich verfolgen und hart bestrafen

Berlin. Wirtschaftskriminalität, so der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Konrad Freiberg, anlässlich der heute beginnenden Jahrestagung des Bundeskriminalamtes in Wiesbaden, sei bei weitem keine Lappalie, sondern eine höchst unsoziale und gesellschaftsschädigende Form des Verbrechens. Wirtschaftskriminalität sei durchaus mit anderen Formen der Schwerekriminalität wie dem Terrorismus und der Organisierten Kriminalität gleichzusetzen. Angesichts der weltweiten Finanzkrise mit ihren vielen unschuldigen Opfern und teils dramatischer Entwicklungen auf den weltweiten Geldmärkten müsse daher sehr genau geprüft werden, ob und in wie weit Straftatbestände erkennbar werden, die ausreichen, um skrupellose Finanzjongleure dafür zur Verantwortung zu ziehen. Freiberg: „Solche kriminellen Machenschaften müssen erstens mit großem Nachdruck verfolgt und zweitens hart bestraft werden. Für milde Urteile hätten die vielen persönlich in ihrer Existenz gefährdeten Menschen nicht den Hauch von Verständnis“.

Freiberg mahnte die politisch Verantwortlichen, die personellen und technischen Ressourcen bei der Polizei auf die neuen Formen der Wirtschaftskriminalität anzupassen. Oft seien zeitaufwendige und detailreiche Ermittlungen notwendig, um die verbrecherischen Netze der Finanzgangster zu erkennen. Freiberg: „Die Polizei verfügt bereits über hervorragend ausgebildete Wirtschaftsermittler, doch bringt es nichts, wenn diese Kräfte schon mit der alltäglichen Ermittlungsarbeit überlastet sind oder in anderen Bereichen aushelfen müssen.“

Investiert werden müsse, so der GdP-Vorsitzende, zudem in die regelmäßige Fortbildung der Ermittler sowie in benötigte technische Hilfsmittel. Auch bei der Personalgewinnung von Spezialisten müssten die öffentlichen Arbeitgeber noch nachlegen. Arbeitsbedingungen und Gehälter schnitten im Vergleich zu denen, von um diese Nachwuchskräfte konkurrierenden Wirtschaftsunternehmen, eher bescheiden ab.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190